

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB
 Claudia Tausend, MdB
 Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die zentrale Herausforderung in diesem Herbst ist, die Situation mit der großen Zahl von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, zu meistern.

Wir werden uns mit allem Nachdruck für einen menschenwürdigen Umgang mit den Flüchtlingen einsetzen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen Florian Post und Claudia Tausend.

NEWS TICKER

- **Flüchtlingspolitik** Wichtige asylpolitische Maßnahmen werden auf den Weg gebracht
- **Die abgehörte Republik** Konsequenzen nach dem NSA-Skandal
- **Nein zur Vorratsdatenspeicherung** Florian Post und Claudia Tausend stimmen gegen Gesetz
- **Durchsetzung von Menschenrechten** Bericht der Bundesregierung

Endlich wird gehandelt für solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik Bundestag beschließt wichtige asylpolitische Maßnahmen

München hat Maßstäbe gesetzt. In wenigen Wochen sind am Hauptbahnhof zehntausende Flüchtlinge angekommen und wurden von der Bevölkerung herzlich willkommen geheißen. Die gewaltige Hilfsbereitschaft der vielen Münchner Ehrenamtlichen, die sich um Flüchtlinge kümmern, beeindruckt sehr. Sie füllen das Münchner Motto einer Weltstadt mit Herz mit Leben.

Dafür können wir nur ein herzliches, aufrichtiges Dankeschön sagen. In gewisser Weise sind die freiwilligen Helferinnen und Helfer in Vorleistung gegangen und erwarten – zu Recht, dass der Staat seinerseits schnell

handelt. Mit dem Asylgipfel von Bund und Ländern im September sowie dem im Bundestag aktuell beschlossenen Asylpaket, haben wir jetzt wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht.



Dank zahlreichen ehrenamtlichen HelferInnen konnte die schwierige Situation vor Ort gemeistert werden.

Länder und Kommunen entlasten wir zukünftig strukturell durch eine Pauschale von 670 EUR pro Monat für jeden Flüchtling. Außerdem werden für die Versorgung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen jährlich 350 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Der Bund übernimmt die Verantwortung der zentralen bundesweiten Verteilung mit dem Ziel, niemanden zu überlasten. Jetzt geht es vor allem um schnellere Verfahren, die in einer fairen Entscheidung auf der Grundlage des verfassungsrechtlich verbürgten Rechts auf Asyl feststellen, wer Schutz braucht und wer nicht. Dazu erhöhen wir die

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Stellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Ziel ist es die Verfahrensdauer auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen.



Viele Flüchtlingskinder nutzen die Zeit und malen Bilder, um die zum Teil schlimmen Erlebnisse der Flucht zu verarbeiten.

Im Rahmen eines Sonderprogrammes des Bundesfreiwilligendienstes werden 10 000 neue Stellen geschaffen. Bei den Menschen, die lange oder auf Dauer bei uns bleiben, muss das Ziel sein, dass sie Arbeit finden und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. **Wir müssen mit der Integration früh beginnen und dürfen keine Zeit verlieren.** Wir bauen daher Sprach- und Integrationskurse aus und betreiben aktive Arbeitsmarktpolitik für Asylbewerber mit guten Bleibe-

chancen. Uns ist bewusst, dass andererseits viele tausend Menschen nach Deutschland wollen, die eigentlich nicht Asyl, sondern Ausbildung und Arbeit suchen. Um hier Druck vom Asylverfahren zu nehmen, verbessern wir die Möglichkeiten der legalen Arbeitsmigration. Auch im Bereich der Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen konnten wichtige Verbesserungen erreicht werden. So sind Krankenkassen nun verpflichtet mit denjenigen Ländern, die das wollen, Rahmenvereinbarungen zur Behandlung von Flüchtlingen zu treffen.

Wir kümmern uns um die Sorgen aller Menschen in Deutschland, derer die bereits hier leben und derer die zu uns kommen. Wir wollen keine Konkurrenzen schaffen. Darum haben wir durchgesetzt, dass die frei werdenden Mittel des Betreuungsgeldes in die Verbesserung der Kinderbetreuung fließen. Außerdem verstärken wir den sozialen Wohnungsbau und den Neubau von bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen in Deutschland mit zusätzlichen 500 Mio. Euro pro Jahr. Selbstverständlich musste nach harten

Verhandlungen mit der Union auch die SPD einigen schwierigen Kompromissen zustimmen, um andererseits eigene zentrale Forderungen durchzusetzen. Insgesamt stellen die getroffenen Maßnahmen einen wichtigen Schritt dar, um mit der Situation verantwortungsbewusst umzugehen.



Anfang September haben Claudia Tausend und Florian Post die Notunterkunft für Flüchtlinge in der Richelstraße besucht und sich ein Bild von der Lage gemacht.

Eine wirklich dauerhafte Lösung der Flüchtlingskrise ist nur denkbar, wenn wir Fluchtursachen besser bekämpfen. Wir haben also viele Aufgaben vor uns. Wir packen sie verantwortungsbewusst, pragmatisch und zielorientiert an – wohlwissend, dass es keine leichten Lösungen gibt.

WIR. Stimmen für geflüchtete Menschen

In einem beachtlichen Zusammenspiel von Hilfsorganisationen, Freiwilligen und Behörden ist es in den vergangenen Wochen gelungen, die Ankunft von zehntausenden Flüchtlingen am Münchner Hauptbahnhof zu bewältigen. Daher hatte die Landeshauptstadt auf Initiative von Dieter Reiter in einem breiten Bündnis zu einem großen „Danke-Konzert“ am 11. Oktober auf dem Königsplatz unter dem Titel „WIR.

Stimmen für geflüchtete Menschen“ viele Hilfsbereite und Flüchtlinge eingeladen. Die rund 24.000 Feiernenden konnten hochkarätige Acts wie „Sportfreunde Stiller“, Herbert Grönemeyer, Wanda, Fettes Brot, Blumentopf oder Judith Holofernes erleben, die für das Konzert auf ihre Gage verzichteten. München setzte ein großartiges Zeichen für Humanität und Weltoffenheit, Danke dafür!



Die abgehörte Republik: Der NSA-Skandal und seine Folgen

Der Datenschutz von Unternehmen wie Facebook oder Google genügt nicht den europäischen Standards. Das hatte letzte Woche der Europäische Gerichtshof höchstrichterlich festgestellt und damit das europäisch-amerikanische Datenschutzabkommen „Sicherer Hafen“ aufgehoben.

Am selben Tag stellte Bundespräsident Joachim Gauck während seinen Staatsbesuches in den USA in seiner Rede in Philadelphia nach wie vor offene Fragen: „Warum Telefon-Verbindungsdaten deutscher Minister – offenbar auch von Landwirtschaftsministern – in Listen amerikanischer Dienste auftauchen und was das mit Terrorismusabwehr zu tun hat? Und warum deutsche Bürger den Eindruck gewinnen, ein Angriff auf ihre Privatsphäre sei die demokratisch nicht kontrollierbare Folgewirkung der Abwehr einer terroristischen Bedrohung?“

Die Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden hatten ans Licht gebracht, dass in den USA die Daten von europäischen Bürgerinnen und Bürgern massenhaft, anlasslos und

unbegrenzt weitergereicht und ausgewertet wurden. Der US-Geheimdienst NSA zielte in seiner Spionage auch auf europäische Regierungen oder den europäischen Flugzeugbauer Airbus. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion war von Anfang an klar: Hier ist lückenlose Aufklärung erforderlich! Wir beantragten die Einsetzung des NSA-Untersuchungsausschusses im Bundestag, der bereits einiges aufgearbeitet hat. So war es ein Beweisbeschluss dieses Ausschusses, der schwere organisatorische und technische Defizite im Bundesnachrichtendienst (BND) zu Tage gefördert hat.

Für uns als Fraktion war damit klar, dass die deutsche Auslandsaufklärung auf eine neue, verfassungsrechtlich einwandfreie gesetzliche Grundlage gestellt werden muss.

Wir wollen nicht erst am Ende der Legislaturperiode Konsequenzen aus der NSA-Affäre ziehen und haben als einzige Fraktion im Bundestag hat die SPD bereits Eckpunkte für die notwendigen gesetzlichen Reformen vorgelegt.

Dabei geht es nicht nur um Auslandsaufklärung, sondern strenge Vorgaben zu machen, unter welchen Voraussetzungen eine Überwachung durchgeführt werden darf. Damit wollen wir mit klaren rechtlichen Regelungen international ein starkes Signal geben – auch in Richtung USA.

Einladung zur Diskussionsveranstaltung

Der NSA-Untersuchungsausschuss hat bereits wertvolle Arbeit geleistet, aber auch noch einige Herausforderungen vor sich.

Einen genaueren Einblick in die Tätigkeiten des Ausschusses, die bisherigen Erkenntnisse und ihre Bedeutung gibt unser Kollege Christian Flisek, unser SPD-Obmann im Ausschuss, **am Dienstag, den 27.10.2015, um 19.00 Uhr im Wappensaal des Hofbräuhauses.** Wir freuen uns, Sie dort zahlreich begrüßen zu dürfen und sind gespannt auf Ihre Fragen!

Bitte anmelden unter
claudia.tausend.wk@bundestag.de
oder 089/18932358

Menschenrechte weltweit durchsetzen

Bereits zum elften Mal in 25 Jahren hat die Bundesregierung einen Bericht über ihre Menschenrechtspolitik vorgelegt, über den am 1. Oktober im Plenum des Deutschen Bundestages beraten wurde. Der Bericht stellt die innen- und außenpolitischen Aktivitäten und Initiativen der Bundesregierung vom 1. März

2012 bis zum 28. Februar 2014 dar. **Botschaft des Berichts:** Die Wahrung der Menschenrechte gilt für alle Staaten und stellt daher auch entwickelte und wohlhabende Staaten wie Deutschland vor Herausforderungen. Im Brennpunktthema des Berichts, weibliche Genitalverstümmelung, werden die besonderen Heraus-

forderungen sowie die internationalen Aktivitäten zu deren Bekämpfung verdeutlicht und die Fortschritte in der nationalen Gesetzgebung dokumentiert. Darüber hinaus wird angekündigt, dass die Bundesregierung zukünftig der weltweiten Lage religiöser Minderheiten eine hohe Priorität geben wird.

Nein zur Vorratsdatenspeicherung!

Am Freitag dem 16. Oktober fand im Bundestag die Abstimmung zur Vorratsdatenspeicherung statt. Wir haben gegen die Einführung dieser Überwachungsmaßnahme gestimmt. Diesem Gesetz können wir nicht guten Gewissens zustimmen, da die Eingriffe des Staates in die Privatsphäre der Bürger mit diesem Gesetz mehr als unverhältnismäßig ausgedehnt

werden. Einmal gespeicherte Daten werden immer die Begehrlichkeiten von Sicherheitspolitikern wecken. Nach vereitelten oder verheerenden Anschlägen (wie etwa dem Terrorakt in Frankreich) kommt es regelmäßig zu lauten Forderungen nach Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen. Ein bestehendes Instrument auszuweiten ist leicht durchführbar. Einmal ge-

bene Befugnisse für Ermittlungsbehörden zurückzunehmen ist deutlich schwerer. Vor allem aber zweifeln wir am Nutzen dieser großflächigen Datensammlung.

Die Vorratsdatenspeicherung bleibt ein Fehler, der unzumutbar die Privatsphäre der Bürger missachtet, darum haben wir dagegen gestimmt.

Anlass zum Feiern und Nachdenken – 25 Jahre Deutsche Einheit

Im Spätsommer 1990 stimmten die Abgeordneten der frei gewählten Volkskammer der DDR mit großer Mehrheit für den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und damit für die Wiedervereinigung. Im Ergebnis wurde 1990 die »Deutsche Frage« abschließend geklärt. Als Teil des wiedervereinigten Deutschlands wurde Ostdeutschland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft.



Die Deutsche Einheit hat für die Bürger/innen Ostdeutschlands zu enormen wirtschaftlichen, politischen und vor allem persönlichen Umbrüchen geführt. Sie mussten sich in kürzester Zeit auf vollkommen neue Verhältnisse einstellen. Bei diesem Prozess gab es neben Licht- auch Schattenseiten, da viele persönliche Erwartungen der Wendezeit nicht erfüllt werden konnten.

Nach 25 Jahren Deutsche Einheit steht jedoch fest: In Ostdeutschland wurde dank der Solidarität des ganzen Landes eine einzigartige Aufbauleistung erbracht. Die Lebensverhältnisse haben sich deutlich verbessert. Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten einen umfassenden Umgestaltungsprozess erfahren, das Bruttoinlandsprodukt hat sich von 1992 bis heute in etwa verdoppelt. Zudem wurde in den ostdeutschen Bundesländern eine leistungsfähige Infrastruktur aufgebaut und zahlreiche in der DDR entstandene Umweltschäden konnten beseitigt werden. Doch noch nicht in allen Bereichen wurde eine Angleichung an die westdeutschen Bundesländer erzielt. Dies betrifft insbesondere die Wirtschafts- und Steuerkraft, die Einkommen sowie den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig stellen der demografische Wandel und seine Folgen Ostdeutschland vor neue Herausforderungen. Schauen wir in die Zukunft: Unser Ziel ist und bleibt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet, auch nach

dem Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019.



Dabei müssen wir sowohl die Förderbedürftigkeit der ostdeutschen Regionen aber auch die erheblichen Nachholbedarfe in manchen westdeutschen Regionen bei der Überwindung von Strukturschwächen berücksichtigen. Die Bundesregierung hat dazu u.a. im Frühjahr 2015 Eckpunkte vorgelegt, die nun in Abstimmung mit den Ländern zu einem detaillierten gesamtdeutschen Konzept ausgearbeitet werden müssen. **In einem wirklich vereinigten Deutschland dürfen wir zukünftig nicht mehr nur nach Himmelsrichtungen subventionieren, sondern müssen Aufbauhilfen vor allem an die konkrete regionale Situation anpassen.**

Nationale Dekade für Alphabetisierung wird umgesetzt

7,5 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben. Eine „erschreckende Zahl für ein hochindustrialisiertes und wissensorientiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland“.

Um funktionalen Analphabetismus in Deutschland zu verringern, sollen

bewährte Strategien weiterentwickelt und neue Förderformate etabliert werden.

Die Nationale Alphabetisierungsdekade ist dank der SPD-Bundestagsfraktion Teil des Koalitionsvertrages. Am Welt-Alphabetisierungstag (8. September) ist sie gestartet worden. Bund und Länder wollen in den kommenden zehn Jahren die

Lese- und Schreibfähigkeit von Erwachsenen in Deutschland deutlich verbessern. Mit einem gemeinsamen Koalitionsantrag haben die CDU/CSU- und die SPD-Abgeordneten für ihre Ausgestaltung ein inhaltliches Konzept vorgelegt. Auf der Grundlage einer Empfehlung des Bildungsausschusses hat der Bundestag den Antrag am 2. Oktober 2015 beschlossen.

Neue Verantwortlichkeiten in Berlin

Seit dem 14. Oktober 2015 ist Claudia Tausend Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Ihre Schwerpunktthemen werden dabei im Baupolitischen Bereich

liegen. Als Berichterstatterin wird sie für die Themen Energetische Sanierung/ Quartierssanierung, Barrierefreiheit, Soziale Wohnraumförderung, Wohngeld, das BauGB und die BaunutzungsVO sowie Denkmalschutz/

Baukultur. Im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten ist Claudia Tausend in ihrem Amt als stellvertretende europapolitische Sprecherin für die SPD-Bundestagsfraktion bestätigt worden.

Bayerische Tradition Feldmochinger Rosstag

Die Pflege von echtem bayerischen Brauchtum ist leider zur Seltenheit geworden, vor allem in den Städten. Umso erfrischender ist es zu sehen, dass der Feldmochinger Rosstag dieses Jahr sehr gut besucht war, nachdem er letztes Jahr abgesagt werden musste. Zur Musik der Blaskapelle Feldmoching und in Begleitung der Goaßlschnalzer zogen die Rösser und Gespanne bei erfreulich gutem Wetter durch die Stadt. Neben OB Dieter Reiter mit seiner Frau Petra, gaben sich auch MdB Florian Post, MdL Diana Stachowitz, Stadträtin Heide Rieke sowie der BA-Vorsitzende Markus Auerbach die Ehre.



OB Dieter Reiter mit seiner Frau Petra.

Das Wetter spielte mit: Florian Post und Diana Stachowitz, MdL winken den Feldmochinger Bürgern.

Aus dem Wahlkreis

Auch im September und Oktober waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



Claudia Tausend und Florian Post blicken auf eine friedliche Wiese zurück.



Besuch von Alisajjad Ebrahimi im Wahlkreisbüro - Einst kam er als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Afghanistan zu uns. Mittlerweile hat er als Jahrgangsbester seine Ausbildung zu Ende gebracht! Er reiste auf Einladung von Sigmar Gabriel nach Berlin. Um die Leistung von Ali zu honorieren, steuerte Florian Post gerne "Taschengeld" bei.



PL-Tagung „Globalen Handel gestalten - TTIP und CETA verändern“: v.l.n.r.: Der PL-Vorsitzende Matthias Miersch (MdB), Claudia Tausend (MdB), und der Berichterstatter für Freihandelspolitik im EP, Bernd Lange.



Claudia Tausend beim Herbstfest der AWO Neuperlach



Unternehmensbesuch bei der FriendsFactory mit Andrea Nahles und Natascha Kohnen.



Das Isarinselfest 2015 war mit 180.000 BesucherInnen ein voller Erfolg. Hier mit Florian Post, Claudia Tausend, Jürgen Salzhuber und Jens Röver.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.